

# Zeitung

Dreihundertachtzigster Jahrgang.

Preis 6. Je 100 Bl. 30 mm Dr. K. Reichel  
oder deren Raum mit 40 Pf.  
Verkauft a. in unseren Annahmestellen a. allen Anzeigengeschäften  
angenehmen. Reflektieren die 25 mm  
breit Zeit 125 Bl. in 100 Bl.  
Annahmestellen vom 11 Uhr,  
für die Sonntags-Dr. ebenfalls  
6 Uhr. Abbestellungen, soweit zu  
möglich, müssen schriftlich erfolgen.  
Erlaubnisort: Halle. Erscheint  
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftl.  
a. Haupt-Verkaufsstelle: Halle,  
Neue Dromadenstr. 10. Dr. Orm  
hausstr. 17. Neben-Verkaufsstelle:  
Halle 14 und Große Ulrichstr. 25.

**Bezugspreis**  
Der Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Lieferung 1.60 Mark, vierteljährlich  
4.40 Mark, durch die Post 4.50 Mark  
auswärts. Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. In  
auswärtigen Zeitungsverzeichnissen unter  
Zeitungseingetragen. Für un-  
vollständig eingegangene Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck der „Zeitung“ gestattet,  
angeb. der Schriftleitung Nr. 1140,  
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,  
der Besuchs-Abteilung Nr. 1143,  
Postfach-Ronke Leipzig Nr. 4609.

Nr. 280.

Halle, Mittwoch, den 18. Juni.

1919.

## Gescheiterter Putschversuch in Weimar.

Ausbruch aus dem Untersuchungsgefängnis in Weimar. — Feuer auf die Kaserne der 94er. — Das Einreisen der Landesjäger. — Clemenceaus Entschuldigung.

### Hohn statt Versöhnung.

Der nähere Wortlaut der Antwort der Entente, der allmählich bekannt wird, zeigt immer deutlicher, wie sehr wir uns seit dem 7. Mai, an welchem Tage die ersten Friedensbedingungen der Entente in Versailles übergeben wurden, von dem wahren Völkerbund und von echter Völkerverständigung entfernt haben. Die Abweisung hat diese Ausfaat von Hohn gefunden am 16. Juni, an dem in Versailles jenes schändliche und schmachvolle Nachwort übergeben wurde, das nicht nur einzelne Kreise in Deutschland, sondern das gesamte deutsche Volk auf schwerste beleidigen muß. Die ungläublich rohe Tonart der Note, insbesondere der Mantelnote, beruht auf feinerster Zufälligkeit. Ihr Ton ist beachtlich und gewollt. Denn Clemenceau, der fast 50 jährige rachsüchtige Greis, der Venter Frankreichs, ist ihr Verfasser. Dieser Mann, der seit dem Prozeß von Bordeaux vor bald 50 Jahren die in sich aufsteigenden hat, wollte dem ganzen deutschen Volk, ohne Unterschied der Parteien und der Klassen, noch einmal sein Inneres entlocken. Noch einmal sollte die ganze Kraft seines ungeheuren Hasses zum Ausdruck kommen. Und er fand den rechten Ausdruck! Die Mantelnote liest sich nicht als eine Andeutung zum Frieden, sondern als die Begründung für ein ewiges Krieg. Nicht auf ein Kriegsende läuft das hinaus, was Clemenceaus vergiftete Feder niederzuschrieb, sondern auf die Fortsetzung des Ringens mit allen, auch mit den gemeinsten Mitteln. Nur ein einziger Unterschied ist dabei vorhanden: Der Krieg vor dem Waffenstillstand wurde gegen ein wehrhaftes Deutschland geführt, der Krieg, dessen Herrsch Clemenceau heute ist, wird gegen ein wehrloses Reich geführt und sinkt damit auf die Stufe niedrigerer Mäuererei herab!

Das deutsche Volk lehnt diese in eine Friedensnote gekleidete Kriegserklärung für die Ewigkeit ab. Die Bedingungen der Entente sind für das deutsche Volk nach den Drogenworten des 16. Juni 10 unannehmbar, wie sie am 7. Mai unannehmbar waren. Wollen wir ehrlich bleiben, können wir nicht unterzeichnen. Nach der schändlichen Beschimpfung des deutschen Volkes weniger denn je. Erzwingt man die Unterschrift durch die Androhung, durch ein maßloses Massenmorden, dann gewinnt man auf feindlicher Seite einen Triumph auf Kosten der — Ehrlichkeit! Wer die Feder zur unterschriebenen Vollziehung ergreift, befennet damit feilhaftig: Ich darf nicht mehr ehrlich sein! Die Entente ist es, die dem Friedensvertrag jede Heiligkeit nimmt und ihn von vornherein zu einem wertlosen Schein Papier degradiert, weil sie selbst von der Unübersichtbarkeit ihrer Bedingungen erfüllt sein muß. Erzwingt sie ihn, dann hat sie Makulatur! Weiter nichts. Das muß einmal mit aller Offenheit und Deutlichkeit ausgesprochen werden. Ein durch ein angeklügtes Massenmorden von wehrlosen Frauen und Kindern erzwungener Vertrag hat niemals irgendeinen Aufwandswert, lediglich Makulaturwert schon in dem Augenblick, in dem die Tinte bei der Unterschrift trocken geworden ist. Unannehmbar! heißt die Antwort des von feindsüchtigen Imperialisten geschneideten, betrogenen und besetzten deutschen Volkes heute, morgen und übermorgen. In dieser Meinung ist sich auch in Berlin die Presse einig von der „Kriegszeitung“ bis zum „Vorwärts“. Was die unabhängige „Freiheit“ hierbei getrotzt eine Ausnahme bilden.

Wir wollen nicht die Frontnachricht der Commission des Reparation werden. Wir wollen nicht unsere Kinder und Kindeskiner zu Sklaven machen lassen. Diese Maßung wird von jetzt ab immer wieder in der gesamten Presse wiederholen müssen, die nicht den letzten Sinn für nationale Selbständigkeit verloren hat. Der Protestschrei von Vorbezug wahrte mehr als vier Jahrzehnte, der deutsche Protest wird niemals verkümmern. Die nationale Wiedergeburt Deutschlands, die kommen wird und kommen muß, wird diesen Ruf verjähren bis einst doch die irregulierten Völker der Entente erkennen, daß ihre Väter von 1919 Verbrecher an der ganzen Menschheit begangen, die schernigst gut gemacht werden müssen. Die ihm zugefügte Schmach wird Deutschland erst in der Stunde vergeffen, in der die wirkliche „Wiedergeburt“ her-

ginn! Und diese Wiedergeburt wird dann von der Entente angesehen müssen. Einst wollten unsere Gegner gegen Hohenzollern und Militarismus kämpfen. Sie sollten die Kräfte des Neutums der Welt sein. Heute hat man diese Kräfte längst in die Erde gelegt. Man kämpft auf der Gegenseite, wie man das immer getan hat, nicht gegen eine einzelne Klasse, sondern einfach gegen das ganze deutsche Volk. Früher kämpfte man, wie Scheidemann in Weimar sagte, gegen den Kaiserismus, heute gegen den Sozialismus. Alles, was deutsch ist, soll unterdrückt, zertrümpert und vernichtet werden. Und begründet wird dieses Sinnen und Trachten damit, daß angeblich das ganze deutsche Volk sich auf in dem Ausbruch wie an der Art der Kriegführung. Mit einer ungeheuerlichen Länge sollen die letzten fünf Jahre ihren Abschluß finden.

Was soll Deutschland, was soll die Regierung da tun? Unterzeichnen oder ablehnen? Wohlagen ist unangebracht; manhaft gilt es der rauhen Wirklichkeit ins Auge zu sehen. Wir wissen, daß unter Schictal das der Inschidast ist, wenn deutsche Hände den Vertrag unterschreiben, wir wissen aber auch, was uns widerfährt, wenn wir die Unterschrift verweigern. Bei aller Not, die uns erwartet, find uns auch heute noch die Worte des Ministerpräsidenten Scheidemann am sympathischsten: „Die Hand möge verdrorben, die diesen Vertrag unterschreibt.“ Graf Brodorski-Kangau, der

die entsetzlich drückende Last der Versailles Verhandlungen in erster Linie zu tragen hatte, gebrauchte das Wort: „Meine Zugeständnisse betrachte ich nicht als wesentliche Änderungen der Friedensbestimmungen.“ Das, was die Entente an Konzessionen bewilligte, verdient kaum einmal die Bezeichnung von „kleinen Zugeständnissen“. Es blieb beim brutalen Gewalt- und Vernichtungsfrieden! Und da wäre es nur natürlich, wenn aus Weimar ein hartes: „Nein“ erklingt. Aber selbst wenn eine andere Entscheidung fallen sollte, wir wollen sie als Männer hinnehmen, die an die Zukunft und an die bessere Stunde glauben! Das ist eines Erzeugers oder sonst eines anderen Politikers unter die 100 Vertrag hätte für das deutsche Volk keine Gültigkeit! Das Volk entscheidet in der Richtung, die der „Vorwärts“ in die Worte kleidete: „Das deutsche Volk kann den Kampf um Recht und Leben nicht aufgeben. Wege es sich hier genug fassen, ihn jetzt schon kraftvoll weiter zu führen, indem es den unerfüllbaren, unannehmbaren und entsetzlichen Forderungen der Entente-Kapitalisten ein faches Nein entgegensetzt.“ Nur eines tut auch in der schmerzhaftesten Stunde Deutschlands not: Die Einheit! Verfügen wir über Einheit und Geschlossenheit, dann können wir die „bessere Stunde“ erwarten, die Stunde, in der die Vernunft wieder zu ihrem Rechte kommt.

Carl Helms.

### Eine gefährliche Nacht in Weimar.

Die Landesjäger als Retter in höchster Not.

Weimar, 18. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die letzte Nacht wurde in Weimar die Wache des Untersuchungsgefängnisses überumpelt und die Häftlinge verpackten sich den Weg ins Freie. Sie trugen Waffen und zogen in Stärke von etwa 60 Mann nach gegen 2 Uhr vor das Schloß, in dem die Regierung ihren Wohnsitz hat. Dori wurde die zahlmäßig weit schwächere Wache der Regierungstruppen überwältigt, die ohne Widerstand ihre Waffen ablieferie. Die Lage war also im höchsten Grade kritisch geworden, da es in Weimar an jedem Schah für die Regierungsmilitärs in diesem Augenblick fehlte. Und die in der Nähe des Schloßes liegende Kaserne der 94er wurde von den Aufständischen unter kurzes Feuer genommen, womit erreicht wurde, daß auch dieser Truppe jede Luft, die Regierung zu schützen, genommen war. In dem Moment der höchsten Gefahr wurde den Truppen des Generals Maeder, die gerade nach Erfurt abreifen sollten, Kenntnis von den Vorgängen in Weimar zugehen. Sie erhielten den Befehl, sofort zurückzukehren und in Weimar für die Wiederherstellung geordneter Zustände zu sorgen. Sie befehigten das Post- und Telegraphenamt und bemächtigten sich des Schloßes, dessen Hauptingang ein befestigter Posten mit einer schweren Eisen Tür verschlossen und so das Eindringen in das Innere des Schloßes verhindert hatte. Die Regierungstruppen trafen sofort auch alle Vorbereitungen, um Ueberrumpelungen von den Besatzern der Kaserne der 94er zu verhindern.

### Clemenceau bedauert...

Eine Bitte um Entschuldigung.

WTB. Paris, 17. Juni. Neuer, Clemenceau über- sandte dem Präsidenten der deutschen Delegation einen Brief, in dem er sein Bedauern über die schmerzlichen Zusammenstöße bei der Abreise der deutschen Delegation ausdrückte und mittelst, daß der Präsiht des Departements Seine et Oise den Auftrag erhalten hat, Herrn von Haniel am Entschuldigung zu bitten und daß der Präsiht und auch der Polizeikommissar ihres Amtes entlassen werden.

### Die Entschuldigungsnote.

WTB. Versailles, 17. Juni. Die Note des Vorsitzenden der Friedensdelegation Clemenceau über die Vorgänge in Versailles an den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation Reichsmünister des Auswärtigen Grafen Brodorski hat folgenden Wortlaut:

Paris, 17. Juni. Herr Vorsitzender! Ich habe erfahren, daß im Augenblick der Abreise der deutschen Delegation aus Versailles schwere und unangenehme Zusammenstöße bei der Abreise der deutschen Delegation stattfanden und mittelst, daß der Präsiht des Departements Seine et Oise den Auftrag erhalten hat, Herrn von Haniel am Entschuldigung zu bitten und daß der Präsiht und auch der Polizeikommissar ihres Amtes entlassen werden.

Polizeibeamten, die aus Gründen der öffentlichen Ordnung in der Umgebung von Versailles an eine andere Stelle berufen worden waren, möglich gewesen. Der Präsiht des Departements Seine et Oise wird Herrn von Haniel seine Entschuldigungen vorbringen und wird wie auch der Polizeikommissar Jeanes Williams entschuldigt werden, da sie die Verantwortung für die ihnen anempfohlen worden waren, nicht getroffen hatten. Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meines ausgezeichneten Hochachtung. (get.) Clemenceau.

### Der Entschuldigungsbefehl.

WTB. Versailles, 17. Juni. Wie Clemenceau der deutschen Delegation mitgeteilt hatte, hat sich heute Abend der Präsiht des Seine et Oise-Departements Scheitel bei Herrn von Haniel eingefunden und ihm sein Bedauern über die getriggen Zwischenfälle zum Ausdruck gebracht. Heute Abend herrschte auf der Straße zwischen dem Hotels des Reservoirs, Hotel und Eglise völlige Ruhe. Es hat den Menschen, als ob die Polizei in Versailles bedeutend verstärkt worden sei.

### Die Friedensdelegation in Weimar.

Ein jährliches Botum der Friedensdelegation.

Weimar, 18. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Die deutsche Friedensdelegation mit dem Grafen Brodorski-Kangau an der Spitze ist erst heute Morgen kurz vor 6 Uhr aus Versailles in Weimar eingetroffen. Heber die Stimmung der deutschen Delegation nach ihrer Unternehmung mit führenden Militärs des Reiches mitgeteilt werden, daß sie die Zugeständnisse für so geringfügig halten, daß die Verantwortung für eine Unterzeichnung nicht übernommen werden kann. Außer den schon mitgeteilten Zugeständnissen ist noch nachzutragen, daß die Entente auf die Zustimmung in der dritten südlichen Zone Schlezwegs endgültig verzichtet und daß auch der Teil des Kreises Danenburg in Pommern, der zu Polen gekehren werden soll, beim Reiche verbleiben soll. Die Delegation hat auf der Fahrt von Versailles nach Weimar ein ausfallendes schriftliches Botum auszusprechen, das heute der Kabinetschiffung unterbreitet werden soll. Dieses Botum kommt zu dem Schluß, daß der Vertrag nicht unterzeichnet werden kann. Wie wir hören, stehen alle Mitglieder der Delegation auf diesem Standpunkt. Auch alle wirkungsvollen Schmeicheleien sind der Unternehmung, daß in der vorliegenden Form Deutschland seine Unterchrift nicht unter dem Vertrag setzen kann. Auch hier haben die ablehnende Haltung in einem ausführlichen Gutachten begründet, das dem Botum der eigentlichen Delegation angefügt ist.

### Süddeutsche Minister in Weimar.

Weimar, 18. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Im Laufe der Nacht kamen die süddeutschen Ministerpräsidenten in Weimar an, so Ministerpräsident Hoffmann aus München, Ministerpräsident Bloch aus Stuttgart, Ministerpräsident Geis aus Baden. Sie nahen unter harker Bedienung nach dem Schloß. Auch der holländische Ministerpräsident, Dr. Groenewegen ist in den ersten Morgenstunden des Mittwochs in Weimar eingetroffen.

# Wortlaut der Mantelnote Clemenceaus.

Was Deutschland vor dem Kriege verschuldet haben soll. — Wie der Weltkrieg nach Ansicht von Clemenceau entstand. — Die „Gerechtigkeit“ der Entente.

2320. Seite, 17. Juni. Die gestern nachmittag einhalb 8 Uhr dem Reichsinhaber Grafen Brockdorff-Ransau übergebene Mantelnote hat folgenden Wortlaut:

Paris, 16. Juni.

Herr Präsident! Die alliierten und assoziierten Mächte haben mit der ersten Aufmerksamkeitsleistung die Bemerkungen über die Friedensbedingungen gelesen, welche ihnen die deutsche Delegation hat zugehen lassen.

Die deutsche Antwort protestiert gegen den Friedensvertrag, weil er einmal im Widerspruch stehen soll mit den Bedingungen, welche die Grundlage des Waffenstillstandes vom 11. November gebildet haben, und weil er ferner ein Gewaltfrieden und nicht ein Rechtsfrieden sein soll. Der Protest der deutschen Delegation bemerkt, daß diese die Lage verkennen, in der sich Deutschland heute befindet. Die deutsche Delegation spricht zu meinen, daß Deutschland nur „eine Opfer zu bringen hat, um den Frieden zu erlangen“, als wenn dieser Friede einzig und allein der Schlüssel eines Kampfes um den Gewinn von Territorien und Macht wäre. Spätere Ereignisse haben es die alliierten und assoziierten Mächte für notwendig, ihre Antwort mit einer genaueren Darlegung

Ihren Urteils über den Krieg

zu beginnen, eines Urteils, welches tatsächlich das der Gesamtheit der zivilisierten Welt ist.

1.

Nach der Meinung der alliierten und assoziierten Mächte ist der Krieg, der am 1. August 1914 ausgebrochen ist, das größte Verbrechen gegen die Menschheit und die Freiheit der Völker gewesen, welches je eine Nation, die sich als eine zivilisierte betrachtet, begangen hat. Während langer Jahre haben die Machtbesitzer Deutschlands, der preussischen Tradition getreu, ihre Anstrengungen verwendet, um sich in Europa die Hegemonie zu sichern. Sie haben ihre Kräfte in der Welt und dem Weltfrieden gegenwärtig eingesetzt, um das Reich zu vergrößern, das die Hegemonie über Europa zu gewinnen. Sie haben sich für ein geistliches Deutschland bedient und Kämpfer und Kämpferinnen gesandt, um ihre Macht über den Weltfrieden zu stärken. Sie haben in den internationalen Angelegenheiten Macht und Recht. Sie haben niemals aufgehört, die Mächte Deutschlands zu Lande und zu Wasser zu entwickeln und die förmliche Führung zu verbreiten, die eine solche Politik notwendig sei, weil die Macht in Europa und Deutschland auf seinen Wohlstand und seine Macht erforderlich seien. Sie haben versucht, anstatt Freundschaft, Feindschaft und Mißtrauen zwischen den Nationen zu säen. Sie haben ein Spionagesystem und Intrigen entwickelt, welches sie in den Stand setzten, ihre Absichten und Bewegungen hervorgerufen und sogar geheime Angriffsbereitungen auf den Weltfrieden ihrer Nachbarn zu treiben, um im gegebenen Augenblick sie mit mehr Eifer und Beistand unterstützen zu können. Sie haben Europa durch Gewaltandrohungen in einem Zustand der Ängstlichkeit gehalten, und als sie sich festgestellt hatten, daß ihre Nachbarn entschlossen waren, ihren anmaßenden Plänen Widerstand zu leisten, haben sie sich entschlossen, ihre Vorkriegspolitik durch Gewalt zu begründen, sobald ihre Vorbereitungen beendet waren. Sie haben einen unerbittlichen Widerstand ertuligt.

Gegen den Krieg bannen 48 Stunden zu erklären, diesen Krieg, dessen Ziel die Kontrolle über den Balkan war. Sie wählten sehr wohl, daß sich dieser Krieg nicht lokalisiert lasse und den allgemeinen Krieg entfessele werde. Um diesen allgemeinen Krieg doppelt tiefer zu machen, ließ sie sich diesen Verbrechen der Verhöhnung und der Konkurrenz entgegen, bis es zu spät war, und der Weltkrieg unumwiderrlich geworden ist, jener Weltkrieg, den sie geplant hatten und für den Deutschland allein unter den Nationen vollständig gerüstet und vorbereitet war. Die Verantwortung für den Krieg liegt nicht auf dem Rücken der Deutschen, sondern auf dem Rücken der alliierten und assoziierten Mächte, die den Krieg gemacht und entfesselt zu haben, Deutschland ist in dieser Weise für

die milde und unmensliche Art

verantwortlich, in der es den Krieg geführt hat. Obwohl Deutschland selbst einer der Garantien Weltfriedens war, haben seine Machthaber die Neutralität dieses friedlichen Volkes verletzt, nachdem sie dieses beschuldigen, haben sie zu respektieren. Nicht genug damit, haben sie öffentlich eine Reihe von Hinrichtungen und Brandstiftungen vorgenommen, einzig und allein in der Absicht, die Bevölkerung zu terrorisieren und sie durch den Schrecken ihrer Taten irre zu machen. Die Deutschen waren es, die zuerst giftige Gase angewandt haben, trotz der furchtbaren Verurteilung, die diesen herbeiführen mußten. Sie waren es, die mit den Bombenabwürfen auf Städte und den Herabbeschießungen derselben angefangen haben, und zwar ohne militärischen Grund, einzig und allein in der Absicht, die Moral der Gegner dadurch zu erschüttern, daß sie Frauen und Kinder trafen. Sie waren es, die die Tauchsboot-Kampagne begannen, eine

fortwährende Mißachtung des Völkerrechts,

und so eine große Anzahl unschuldiger Passagiere und Seefahrer mitten im Weltmeer, fern von jeder Hilfe, Blind und Weisen und, schlimmer noch, den Besatzungen der Tauchsboote preisgegeben, zum Tode verurteilten. Sie waren es, die mit brutaler Wildheit Tausende von Männern und Frauen zur Sklaverei in fremde Länder verschleppt haben. Sie waren es, die für die Verhöhnung der Kriegsgefangenen, die sie gemacht hatten, eine barbarische Behandlung, wie welcher die am wenigsten zivilisierten Völker anzuwenden wären, angestrichen haben. Die Haltung Deutschlands ist fast ohne Beispiel in der Geschichte der Menschheit. Die öffentliche Verantwortung, die auf ihm lastet, liegt nicht in der Tatsache zusammenzufassen, daß wenigstens sieben Millionen tote in Europa in der Erde schlummern, während mehr als zwanzig Millionen Lebende durch ihre Wunden und ihre

Verden Jagen dafür sind, daß Deutschland durch den Krieg seine Verbrechen durch die Gewalttätigkeit hat beschreiben wollen. Die alliierten und assoziierten Mächte glauben, daß sie die Schuldner bezeichnen würden, welche alles hingegen haben, um die Freiheit der Welt zu retten, wenn sie einmütigen in diesem Krieg nicht ein Verbrechen gegen die Menschheit und gegen das Recht zu erblicken. Diese Auffassung der alliierten und assoziierten Mächte ist in voller Übereinstimmung mit dem Willen der alliierten und assoziierten Staatmänner dieser Mächte Deutschland dargelegt worden. Sie ist von dem Präsidenten Wilson in seiner Rede vom 6. April 1918 definiert worden und ausdrücklich und im einzelnen von dem deutschen Volke als ein den Frieden leitendes Wort angenommen worden:

„Mögen alle unsere Worte, meine Mitbürger, mögen alle unsere zufälligen Bände und alle unsere Handlungen mit dieser Antwort im Einklang stehen, bis daß die Wahrheit und die Kraft unserer vereinten Mächte den Geist dieser durchbringen und die brutale Kraft dieser vernichten, welche, was wir lieben und ehren, verstoßen und verachten. Deutschland sagt erneut, daß die Kraft und nur die Kraft entgegen stehen, die Gerechtigkeit und Frieden die Angelegenheiten des Menschengeschlechtes lösen sollen, ob das Recht, so wie Amerika es versteht, oder die Hegemonie, so wie Deutschland sie versteht, die Geschichte der Menschheit leiten soll. Da gibt es wohl für sie nur eine einzige Antwort: Die Macht, die Macht bis zum Äußersten, die Macht ohne Grenzen und ohne Ende, die triumphierende Macht des Rechts, die das Recht zum Gesetz der Welt macht und jede Gewalttätigkeit zu egoistischen Zwecken in den Staub zwingt.“

Die gleiche Haltung ist deutlich zum Ausdruck gekommen in einer Rede des Premierministers von Großbritannien vom 14. Dezember 1917:

„Es gibt keine Sicherheit in irgend einem Lande, wenn die Strafe nicht mit Gerechtigkeit folgt. Es erfordert kein Schutz für das Leben, für Gut und Geld in einem Staate, wo der Verbrechen mächtiger ist als das Recht. Das internationale Recht bildet keine Ausnahme und solange man ihm nicht Genugtuung gewährt hat, wird der Frieden der Welt immer jeder Nation auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein, bis ihre Beherrscher annehmlicher den Glauben legen, daß kein Verbrechen solange strafbar ist, als es die Größe und Vervielfachung des Landes zum Gegenstand hat, denn jene Beherrscher untertan sind. In der Weltgeschichte hat es nur zwei verbrecherische Staaten gegeben. Wir haben in diesem Augenblick es mit einem solchen Staate zu tun. Es wird immer verbrecherischer Staaten geben bis zu dem Augenblicke, wo die Gerechtigkeit, die ein internationales Verbrechen einbringt, zu fragwürdig sein werden, um Nutzen zu bringen, und wo die Bekämpfung eines internationalen Verbrechens zu ihrer selbst wird, als die Bekämpfung noch ungeschädigt habender Verbrechen.“

Dasselbe Prinzip ist deutlich dargelegt worden in einer Rede des Herrn Clemenceau vom 17. September 1918:

„Was wollen sie (die Franzosen) davon haben, was wollen wir, was heißt dämpfen ohne Unterlaß und hiermit kämpfen bis zu dem Ende, was der Frieden begreifen wird, daß sein Augenblick nicht möglich ist zwischen einem solchen Verbrechen und der Gerechtigkeit. Wir haben nur den Frieden und wir wollen ihn gerecht und dauerhaft, damit die künftigen Generationen gerechtfertigt seien von den entsetzlichen Zuständen der Vergangenheit.“

Desgleichen hat Herr Orlando am 3. Oktober 1918 erklärt:

„Wir werden den Frieden erhalten, wenn unsere Feinde anerkennen, daß die Menschheit das Recht und die Pflicht hat, sich gegen den Fortbestand der Ursachen zu wehren, welche dieses entsetzliche Bürgerkrieg hervorgerufen haben und daß das Blut, das von Millionen Menschen vergossen ist, nicht nach Nacht schreit, sondern die Erfüllung des hohen Ideals verlangt, für welches dieses Blut so edelmütig vergossen ist. Selbst wenn es sich um eine gerechtfertigte Anwendung des Wiedererzeugungsrechts handeln sollte, so denkt niemand daran, Methoden brutaler Gewalt, anmaßender Herrschaft, oder Erklärung der Freiheit eines Volkes anzunehmen, das heißt, eine Methode und eine Politik, welche die ganze Welt gegen die Zentralmächte aufgebracht haben. Aber die ganze Welt wird anerkennen, daß es zur Wiederherstellung der moralischen Ordnung nicht genügt, daß derjenige, den ein solches Verbrechen unternehmend misshandelt, er habe auf seinen Plan verzichtet. Die Fragen, die in ihrem Verfehlenshalt selbst das friedliche Leben der Nationen berühren, müssen, wenn sie einmal gestellt sind, die Lösung finden, welche die Gerechtigkeit fordert.“

Also die

Gerechtigkeit die einzig mögliche Basis für Begleichung der Rechnung dieses schrecklichen Krieges. Gerechtigkeit ist es, was die deutsche Delegation verlangt und was nach Erklärung dieser Delegation Deutschland versprochen sein soll. Gerechtigkeit soll Deutschland werden. Aber es muß eine Gerechtigkeit für alle sein. Es muß Gerechtigkeit sein für die Toten, für die Verwundeten, für die Waisen, für alle, die in Tränen sind. Damit Europa von dem preußischen Despotismus befreit werde, ist es nötig, daß Gerechtigkeit den Willen werde, welche heute unter einer Last von Kriegsschulden zusammensinken, die sich auf mehr als 30 Milliarden Pfund Sterling beläuft und die sie sich nicht selbst können abtragen, um die Freiheit zu retten. Gerechtigkeit muß den Willen scheitern werden, denen deutsche Barbarei, Belm Rand, Schiffe und Gut geplündert und zerstört hat. Deswegen haben die verbündeten und assoziierten Regierungen mit Nachdruck erklärt, daß Deutschland als Verbrechen des Vertrags ein Wert der

Wiedererzeugung bis zur äußersten Grenze seiner Selbstunfähigkeit

übernehmen muß, denn die Wiedererzeugung der Schäden, die man verursacht hat, ist das Wesen der Gerechtigkeit. Aus diesem Grunde bestehen sie daran, daß die Parteien, die durch den deutschen Angriff, sowohl für die Väter der Barbarei und Unmenslichkeit, die deutsche Väter die Krieg-

führung entfesselt haben, am offenlichsten verantwortlich sind, einer Gerechtigkeit überliefert werden, die ihnen gegenüber bisser in eigenen Lande nicht zur Anwendung gebracht worden ist. Aus diesem Grunde muß sich Deutschland aus für einige Jahre gewissen Beschränkungen und gewissen Beschränkungen unterwerfen. Deutschland hat die Industrie, die Bergwerke und die Fabriken der Länder, die ihm benachbart sind, vernichtet. Es hat sie keineswegs im Laufe der Schlacht zerstört, sondern mit dem wohlüberlegten Plane, seiner eigenen Industrie zu ermöglichen, die Märkte jener Länder an sich zu reißen, bevor deren Industrie sich von der Zerstörung erholen konnte, die es ihnen absichtlich beibringen hatte.

Deutschland hat seinen Nachbarn alles angetan, was es zu verletzen oder wegzunehmen vermochte. Es hat die Fahrgänge aller Nationen auf hoher See zerstört, was es für Passagiere und Besatzungen keine Möglichkeit der Rettung gab. Es ist nicht mehr als gerecht, daß eine Wiederherstellung stattfinden und daß die dergestalt mißhandelten Völker eine Zeit lang gegen den Willen eines der Nationen geschützt sein, deren Industrien intakt, ja durch die in den besetzten Gebieten gestohlenen Werkzeuge ermöglicht sind. So hart diese Gefährdungen für Deutschland sein mögen, so hat doch Deutschland sie sich selbst zuzuführen. Jemand muß für die Folgen des Krieges leiten. Wer soll leiden? Deutschland oder lediglich die Völker, denen Deutschland Leides zugefügt hat? Wenn man nicht allen denen Gerechtigkeit widerfahren ließe, die Anspruch auf Gerechtigkeit haben, so würde das Weltrecht nicht ausgenutzt. Wenn das deutsche Volk nicht, oder eine andere Nation, davon abgebracht werden sollte, den Spuren Preußens zu folgen, wenn die Menschheit von der Unterwerfung befreit werden soll, daß jeden Staate ein Krieg um egoistischer Ziele willen erlaubt ist, wenn die überlebten Vögel der Vergangenheit überantwortet und die Nationen ebenso wie die Einzelnen sich unter die Herrschaft des Stärksten stellen sollen, und wenn in einer nahen Zukunft sogar von Verhöhnung und Verhöhnung die Rede sein soll, so wird das nur der Fall sein, nachdem diejenigen, die die Verantwortung für den Friedensbruch tragen, den die Verantwortung darüber zu tragen, daß nicht um des einzigen Vorteils eines bequemeren Friedens willen der Gerechtigkeit Gewalt angetan werde.

Die Vorklänge, betreffend das internationale Regime der Flüsse bilden eine Ergänzung zum Territorialregime. Es ist notwendig den Grundrissen des Friedens sowie mit den in Europa in Kraft befindlichen öffentlichen Recht, das Völkerrecht an den ihr Gebiet unterliegenden schiffbaren Flüßen Zugang zum Meer zu erhalten. Die alliierten und assoziierten Mächte erwarten das, was von ihnen vorgezeichnete Abmachung als zu grundlegender Bedeutung für die freie Entwicklung der neuen Staaten; außerdem haben sie keine Verletzung der Rechte anderer Mächten zur Folge. Vorklänge, die die Teilnahme der Vertreter von Nichteuropäern an den Flüßkommmissionen vorsehen, bilden eine Gewähr dafür, daß das allgemeine Interesse in Betracht gezogen wird; jedoch sind in der Ausführung dieser Bestimmungen einige Hindernisse in den ursprünglichen Vorklängen zugelassen worden.

Es hat den Anschein, daß die deutschen Delegierten von einem wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen

in erheblichem Maße missdeutet haben. Es besteht bei den alliierten und assoziierten Mächten in keiner Weise die Absicht, Deutschland zu erdroffen und es zu vernichten, im internationalen Handel die Stellung einnehmen, die ihm zukommt. Vorausgesetzt, daß es die Bedingungen des Friedensvertrages erfüllt, und vorausgesetzt ebenfalls, daß es seine Methoden des Angriffs und des Aufstrebens aufhört, die keine Geschäftsmethoden wie seine politischen Methoden waren, bedingte, die alliierten und assoziierten Mächte, daß Deutschland eine gleichmäßige Behandlung erhalte in Bezug auf den Gewinn von Rohmaterial und den Verkauf von Waren unter Berücksichtigung der zahlreich bereits angelegten Maßnahmen, die im Interesse der durch Deutschland zerstörten und geschwächten Nationen aufgestellt worden sind.

Die alliierten und assoziierten Mächte wünschen, daß die durch den Krieg angefertigten Lebensmittel selbst als möglich vertrieben, und daß alle Nationen an dem Wohlergehen teilnehmen, das aus dem Verzicht hervorgeht, und wo jeder ehlich den Forderungen des anderen nachkommt. Sie wünschen, daß Deutschland wie alle anderen Nationen sich dieser Wohlthat erfreue, aber

auf viele Jahre hinaus

wird noch ein beträchtlicher Teil dieser Wohlthat dazu dienen müssen, bei den Nachbarn die Schäden wieder auszubessern, welche Deutschland verschuldet hat. Um ihrer Wohlthaten Klar zu gestalten, haben die alliierten und assoziierten Mächte eine gewisse Anzahl finanzieller und wirtschaftlicher Abschnitte des Vertrages abschnitten, aber die Grundzüge, auf denen der Vertrag beruht, sind unabänderlich.

Der Vorschlag der alliierten und assoziierten Mächte über die Wiedererzeugung umschließt keineswegs seitens der Kommission des Reparations eine Einmischung in das innere Leben Deutschlands, wie die deutsche Delegation behauptet; sie bezieht lediglich, beiden Parteien die Befähigung der Wiedererzeugungsmöglichkeit zu erleichtern. Infolgedessen sollen die alliierten und assoziierten Mächte nicht gezwungen sein, ihre Absichten zu ändern, aber gleich der deutschen Delegation erkennen sie die Vorteile an, die daraus erwachsen, wenn man so schnell wie möglich den Vertrag zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und Deutschland zu schließen, diesen Vertrag sofort festzusetzen, da die

Schäden der Schäden und Kosten der Wiedererzeugung

nicht zu verkürzt werden können. Infolgedessen müssen die alliierten und assoziierten Mächte ein, Deutsch-



... eine Bitte bezüglichen Personen vorzulegen. ... Das befehligte Memorandum beschäftigt sich mit den verschiedenen deutschen Bemerkungen. Die Beratung des Kaisers vor ein Gericht wird als eine Frage der hohen internationalen Politik bezeichnet. Die Alliierten verlangen, daß die notwendigen juristischen Einrichtungen getroffen werden sollen, um dem Angeklagten seine volle Rechte der Freiheit für seine Verteidigung zu geben.

### Der Eindruck in Weimar.

Weimar, 18. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Am frühen Nachmittag wurde gellern in Weimar der Text der Mantelnote aller Abgeordneten durch einen Abdruck der hiesigen Tageszeitungen zugänglich gemacht. Die Fraktionen traten zu Besprechungen über sie noch nicht zusammen, dagegen war der Friedenssaal schon auf 6 Uhr nachmittags einbestimmt worden.

Das geschäftliche Leben in Weimar ist durch die letzten Abänderungen des Vorhabens etwas ruhiger geworden. Die gestrigen Besprechungen des Reichspräsidenten und der Reichsminister über den Inhalt der Mantelnote. Der Eindruck der hochangesehenen Note war, wie überall in den Kreisen der Abgeordneten so auch in dieser Versammlung, überaus tiefer. Immerhin lassen sich verschiedene, vorerst zum Teile nicht recht verständliche Vorbehalte in dieser Note die Möglichkeit offen, daß doch noch einige sachliche Konzeptionen von Belang zu erwarten sind, obwohl sie in den Rahmen der Mantelnote schlicht hineingepaßt werden, man müßte denn voraussetzen, daß sie in erster Linie für die Wähler der Entente bestimmt ist.

Gestern vormittag waren die Abgeordneten der bedrohten Ostprovinzen zu einer besonderen Besprechung zusammengetreten. Hier sprach man in einer Reihe von Zusätzen an den Friedensausgleich aus dem Westen mit erneuter und unangenehme Wille der Ostmächte zum Ausdruck, sich dem Spruche der Friedenskonferenz unter keinen Umständen zu beugen, wenn nicht unsere Gesandtschaften vom 20. Mai eine Erfüllung finden.

Ergänzend wird über die geistige Stimmung des Friedensausgleichs noch aus Weimar gemeldet:

**Ministerpräsident Scheidemann**  
gab einen Überblick über die feindselige Mantelnote und erklärte, daß er sich nicht erlauben würde, ein vorläufiges Urteil abzugeben. In den Augen der deutschen Volkswirtschaftlichen Verhältnisse sei es nicht zu erlauben, daß die Entente unsere Wohlstand durch die Schaffung eines neutralen Schiedsgerichts abgeben habe, das allein die Entscheidungspflicht hätte zu übernehmen. Bedauerlich sei weiter, daß die ganze Welt mit den angelegten Verdrach und Verbrechen belastet werden solle. Diese Belastung solle aber die Berechtigung schaffen zu den schwersten Bedingungen, die im zweiten Teile der feindseligen Mantelnote enthalten sind. Die Reichsregierung der Reichstagsmitglieder im Osten gegeben werde, laie wenig Hoffnung auskommen, daß wir in dem ausführenden Memorandum auf ein wirkliches Entgegenkommen rechnen können. Das gelte auch für die übrigen territorialen Fragen. Aber hinsichtlich der Entente, daß das gesamte Material zur Zeit noch nicht vorliege, könne keine Rede sein.

**Entscheidung noch nicht getroffen werden.**  
Niemand dürfte aber im Zweifel sein, daß unser Volk den nächsten 3 Tagen eine Entscheidung abgeben wird. Der Friedensausgleich erklärte sich hierauf damit einverstanden, daß die nächste Sitzung am Donnerstag nachmittag abgehalten werden soll. Bis dahin wird die Reichsregierung nach den Mitteilungen des Ministerpräsidenten Scheidemann die Möglichkeit gesucht haben, mit der heute nacht hier eintreffenden Friedensdelegation zu beraten.

### Berliner Pressestimmen.

WBT, Berlin, 18. Juni. Der überwiegende Teil der heute früh nach Beendigung des Buchdruckerstreiks wieder erscheinenden Blätter nimmt den Entente-Antwort gegenüber den Standpunkt ein, den des B. T. dahin kennzeichnet, daß, wer bisher unannehmbar

angelegt habe, es heute nur mit der gleichen Beharrlichkeit folgen könne. Wenn die Regierung und die Nationalversammlung ihr Unannehmbar wiederholen, müßten sie zugleich dem Volke zeigen, daß nicht die Masse der Beifolger leiden sollen unter dem, was die nächsten Wochen bringen könnten. Von den rechtsstehenden Blättern spricht die „D. Tageszeitung“ von dem Todesurteil für Deutschland und von einem Dokument der lahmenden Vögel.

Im „Vorwärts“ heißt es aus Weimar: Das Korrespondenzbüro der Berliner Presse

gegen die Angeforderten der deutschen Republik entspricht genau in seiner Weise dem Charakter und der Stimmung des französischen Volkes, wohl aber ist es nichts anderes als ein lebhafter Ausdruck jener Stimmung, von der die Antwort der Entente auf das deutsche Friedensangebot erfüllt ist. Es wäre sinnlos, zu verschweigen, heißt es denn weiter im „Vorwärts“, daß sich unter dem Druck der Verhältnisse eine Entscheidung erzwungen wird, die die Unterzeichnung für den künftigen Frieden ins Auge faßt, aber es ist auch sicher, daß diese Stimmung durch Ton und Inhalt der Entente-Antwort an Stärke nicht gewonnen, sondern verloren hat. In der „Vollz.“ gibt man sich: Selbst wenn aus Deutschland noch unendlich viel mehr herausgekommen würde, als die Alliierten befehligen, so würden insbesondere Frankreich und Italien noch lange unter der Nachwirkung des Krieges schwer zu leiden haben. Da ist es begreiflich, daß ihre schuldbelasteten Regierungen sich

aus Rollen Deutschlands rein zu waschen und so lange wie möglich zu verhindern suchen, daß ihre am Krieges mitgeschuldeten Regierungen fügen.

### Sachverständigen-Besprechungen in Berlin.

Berlin, 18. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Auf Einladung des Grafen Brockdorff-Rantzau finden heute und morgen in Berlin Beratungen der aus Belgien, Holland und Industrie usw. bestimmten Sachverständigen für die Friedensfragen statt. Betreffs gieren sie ein Arbeitsausgleich unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs Köpfer zusammengetreten und es sind eine Anzahl von Kommissionen und

Unterkommissionen zur Beratung der territorialen Fragen, Rechts, Wirtschaft, und Arbeitsfragen eingesetzt worden. Die Ergebnisse werden morgen dem Hofam der Sachverständigen mitgeteilt werden und das Ergebnis hieraus wird durch Flugzeug nach Weimar überbracht werden.

### Wenn wir uns weigern

WTB, Amsterdam, 18. Juni. Laut „Telegraaf“ schreibt „Manchester Guardian“ in der Antwortrolle der Alliierten: Obgleich der Friedensvertrag nicht ideal sei, sei er jedoch unendlich viel besser als der Frieden, den Deutschland der übrigen Welt auferlegt haben würde. „Daily News“ schreibt: Eine Weigerung zu unterzeichnen würde bedeuten, daß die deutsche Regierung zu spät ist und das Schicksal des Landes den Alliierten überläßt.

### Die Beratung des deutschen Ostens.

Aus London wird gemeldet: Zu den hauptsächlichsten Änderungen des Friedensvertrages hinsichtlich der deutschen Ostprovinzen folgende Einzelheiten: Drei Wochen nach der Unterzeichnung des Friedens soll die Besetzung von deutschen Truppen und Zivilbehörden geräumt werden. Darauf wird das gesamte Gebiet von alliierten, vornehmlich ein russischen Truppen besetzt und unter ihrer Aufsicht für 6 Monate später eine Volksabstimmung stattfinden. Die Hälfte Kasan und Wjatka, die deutsch hätten bleiben sollen, kommen zu Polen, umgesehen werden die Polen die Gebiete Wilna und Suwalki, welche an Polen hätten fallen sollen, an Belgien und unter ihrer Aufsicht für Deutschland bestimmt werden zu Polen. Die Grenzlinie Schneidemühl-Polen wird ebenfalls polnisch, die Stettener Bommers, die im ersten Entwurf Polen zugesetzt war, bleibt bei Deutschland.

### Die Polen häufen Truppen über Truppen an der deutschen Grenze.

Gleiwitz, 17. Juni. Unsere Militärstellen erhalten täglich Nachrichten, daß sich an der polnischen Grenze Truppen über Truppen häufen. Mit dem Fernzug kann man von den Feldwachen aus die Schanzarbeiten der Polen erkennen. Schwere und schwere Geschütze der halberischen Armee sind im Räume von Gleiwitz aufgestellt.

### Wird um weitere Fristverlängerung nachgesucht?

WTB, Berlin, 18. Juni. Aus Weimar wollen verschiedene Blätter melden können, man gäbe sich in den Kreisen der Reichsregierung der Hoffnung hin, daß es feststehen werde, die bis Montag abend 7 Uhr laufende Frist für die Heberziehung der deutschen Antwort noch zu verlängern.

### Eichhorn wählt jetzt in Magdeburg!

WTB, Berlin, 18. Juni. Wie es in verschiedenen Blättern heißt, hat sich in den letzten Tagen Eichhorn in Berlin aufgehalten, um mit den Führern der Kommunisten in Aufsprache zu nehmen. Er habe sich von hier nach Magdeburg begeben.

### Rücktrittsgesuch Orlandos in Rom.

Rom, 18. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Ministerpräsident Orlando begab sich vorgestern zum König, um ihm den Rücktritt des gesamten Kabinetts anzubieten, nachdem es ihm nicht gelungen war, sich dem König zu retten. Der König war der Ansicht, daß der Rücktritt einige Tage später werden würde, damit das Parlament der Krone einen Hinweis für die Nachfolge gebe. Infolgedessen wird das Kabinett am nächsten Donnerstag unverändert vor das Parlament treten. Trotz der kritischen Lage ist kaum anzunehmen, daß die Kammer die jetzige Regierung sofort kündigt, daß sie nach wenigen Beratungen das Staatsruder wieder ergreifen könnte.

### Auf die französischen Arbeiter kein Verstoß.

WTB, Versailles, 17. Juni. Das Blatt „Le Travail“ veröffentlicht heute einen für die Stimmung der französischen Arbeiterschaft beruhigenden Artikel, in dem das Blatt hervorhebt, daß die Durchführung der militärischen Maßnahmen im Falle der Rückunterzeichnung des Vertrags durch Deutschland es der Entente nicht notwendig mache, ihre militärischen Kräfte, über welche sie verfügen, zu erhöhen. Aus diesem Umstand heraus werde die grundsätzliche Forderung der Forderung der Entente eine ernsthafte Rückwirkung auf das innere Leben des Landes haben.

### Ausdehnung des französischen Verarbeiterstreiks.

Basel, 18. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Der Streik der Bergleute ist in ganz Frankreich allgemein geworden. In vielen Städten sind nur geringe Kohlenvorräte vorhanden, jedoch ein Stillstand der Fabriken allgemein zu befürchten ist. Der Minister für Bergbau der Vögel Nachrichten gibt zu, daß die Bergarbeiter mit ihrer Bewegung das ganze Leben Frankreichs aufs schwerste bedrohen.

### Deutsches Reich.

**Schüsse auf Kadel?**  
WTB, Berlin, 18. Juni. Während der letzten Verhandlungen im Deebour-Prozess teilte die Verteidigung mit, daß auch den im Bellegungsprozess untergebrachten Kadel, während er sich im Hofe des Gefängnisses am Freitag auf einem Spaziergang befand, aus dem Fenster der gegenüberliegenden Kaserne mehrere Schüsse abgefeuert wurden. Kadel blieb unverletzt. In der sofort angestellten Untersuchung konnten die Täter nicht ermittelt werden. Die Verteidiger stellen den Antrag, Kadel nach einem anderen Gefängnis zu verführen.

... eine Bitte bezüglichen Personen vorzulegen. ... Das befehligte Memorandum beschäftigt sich mit den verschiedenen deutschen Bemerkungen. Die Beratung des Kaisers vor ein Gericht wird als eine Frage der hohen internationalen Politik bezeichnet. Die Alliierten verlangen, daß die notwendigen juristischen Einrichtungen getroffen werden sollen, um dem Angeklagten seine volle Rechte der Freiheit für seine Verteidigung zu geben.

### Der Eindruck in Weimar.

Weimar, 18. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Am frühen Nachmittag wurde gellern in Weimar der Text der Mantelnote aller Abgeordneten durch einen Abdruck der hiesigen Tageszeitungen zugänglich gemacht. Die Fraktionen traten zu Besprechungen über sie noch nicht zusammen, dagegen war der Friedenssaal schon auf 6 Uhr nachmittags einbestimmt worden.

Das geschäftliche Leben in Weimar ist durch die letzten Abänderungen des Vorhabens etwas ruhiger geworden. Die gestrigen Besprechungen des Reichspräsidenten und der Reichsminister über den Inhalt der Mantelnote. Der Eindruck der hochangesehenen Note war, wie überall in den Kreisen der Abgeordneten so auch in dieser Versammlung, überaus tiefer. Immerhin lassen sich verschiedene, vorerst zum Teile nicht recht verständliche Vorbehalte in dieser Note die Möglichkeit offen, daß doch noch einige sachliche Konzeptionen von Belang zu erwarten sind, obwohl sie in den Rahmen der Mantelnote schlicht hineingepaßt werden, man müßte denn voraussetzen, daß sie in erster Linie für die Wähler der Entente bestimmt ist.

Ergänzend wird über die geistige Stimmung des Friedensausgleichs noch aus Weimar gemeldet:

**Ministerpräsident Scheidemann**  
gab einen Überblick über die feindselige Mantelnote und erklärte, daß er sich nicht erlauben würde, ein vorläufiges Urteil abzugeben. In den Augen der deutschen Volkswirtschaftlichen Verhältnisse sei es nicht zu erlauben, daß die Entente unsere Wohlstand durch die Schaffung eines neutralen Schiedsgerichts abgeben habe, das allein die Entscheidungspflicht hätte zu übernehmen. Bedauerlich sei weiter, daß die ganze Welt mit den angelegten Verdrach und Verbrechen belastet werden solle. Diese Belastung solle aber die Berechtigung schaffen zu den schwersten Bedingungen, die im zweiten Teile der feindseligen Mantelnote enthalten sind. Die Reichsregierung der Reichstagsmitglieder im Osten gegeben werde, laie wenig Hoffnung auskommen, daß wir in dem ausführenden Memorandum auf ein wirkliches Entgegenkommen rechnen können. Das gelte auch für die übrigen territorialen Fragen. Aber hinsichtlich der Entente, daß das gesamte Material zur Zeit noch nicht vorliege, könne keine Rede sein.

### Berliner Pressestimmen.

WBT, Berlin, 18. Juni. Der überwiegende Teil der heute früh nach Beendigung des Buchdruckerstreiks wieder erscheinenden Blätter nimmt den Entente-Antwort gegenüber den Standpunkt ein, den des B. T. dahin kennzeichnet, daß, wer bisher unannehmbar

angelegt habe, es heute nur mit der gleichen Beharrlichkeit folgen könne. Wenn die Regierung und die Nationalversammlung ihr Unannehmbar wiederholen, müßten sie zugleich dem Volke zeigen, daß nicht die Masse der Beifolger leiden sollen unter dem, was die nächsten Wochen bringen könnten. Von den rechtsstehenden Blättern spricht die „D. Tageszeitung“ von dem Todesurteil für Deutschland und von einem Dokument der lahmenden Vögel.

Im „Vorwärts“ heißt es aus Weimar: Das Korrespondenzbüro der Berliner Presse

gegen die Angeforderten der deutschen Republik entspricht genau in seiner Weise dem Charakter und der Stimmung des französischen Volkes, wohl aber ist es nichts anderes als ein lebhafter Ausdruck jener Stimmung, von der die Antwort der Entente auf das deutsche Friedensangebot erfüllt ist. Es wäre sinnlos, zu verschweigen, heißt es denn weiter im „Vorwärts“, daß sich unter dem Druck der Verhältnisse eine Entscheidung erzwungen wird, die die Unterzeichnung für den künftigen Frieden ins Auge faßt, aber es ist auch sicher, daß diese Stimmung durch Ton und Inhalt der Entente-Antwort an Stärke nicht gewonnen, sondern verloren hat. In der „Vollz.“ gibt man sich: Selbst wenn aus Deutschland noch unendlich viel mehr herausgekommen würde, als die Alliierten befehligen, so würden insbesondere Frankreich und Italien noch lange unter der Nachwirkung des Krieges schwer zu leiden haben. Da ist es begreiflich, daß ihre schuldbelasteten Regierungen sich

aus Rollen Deutschlands rein zu waschen und so lange wie möglich zu verhindern suchen, daß ihre am Krieges mitgeschuldeten Regierungen fügen.

### Sachverständigen-Besprechungen in Berlin.

Berlin, 18. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Auf Einladung des Grafen Brockdorff-Rantzau finden heute und morgen in Berlin Beratungen der aus Belgien, Holland und Industrie usw. bestimmten Sachverständigen für die Friedensfragen statt. Betreffs gieren sie ein Arbeitsausgleich unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs Köpfer zusammengetreten und es sind eine Anzahl von Kommissionen und

**Walhalla-Operetten-Theater.**  
Anfang 8 Uhr:  
Wiederum ein Riesenerfolg!  
Die Sensation Hallen ist:  
**Der Flug um die Welt.**  
Eine Revue der Liebelosen.  
Musik v. Viktor Holländer.  
Prunkvolle Kostüm-Pracht.  
Entzückendes Ballett.  
Gastspiel Fritz Sicid.  
Nur endgültig bis Ende Juni.  
Kasse v. 10—1/2, 4—6.

**Zoo.**  
Donnerstag, d. 19. Juni 1919, nachmittags 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr:  
**Konzert**  
von der Kapelle des **HöfL. Regts.**  
Nr. 36.  
Leitung: Kapellmeister **Otto Haupt.**  
Eintrittspreise: Erwachsene 1 Mk., Kinder 50 Pf.  
Bei nachschaltem Wetter finden die Konzerte im **Garten** statt.  
**Peißnitz**  
Störren, Donnerstag, nachmittags von 1/4 bis 1/7 und von 1/8 bis 11 Uhr abends  
**Konzert.**

**UT**  
**Alte Promenade 11a**  
Feraruf 5735, Feraruf 5736.  
**Voranzeige!**  
Ab Freitag, den 20. Juni 1919  
**Der grosse Film**  
**Die Sonnenkinder**  
6 atombrauende Akte voll verblüffender Sensationen, u. a.:  
Sprengung einer Schloesse, der schwimmende Pavillon,  
Unter Lebensgefahr der Darsteller aufgenommen.

**Stadt-Theater**  
Donnerstag, d. 19. Juni 1919, Anfang 7 1/2, Ende 10 1/2, Uhr:  
**Martha**  
Oper von Flotow.  
Freitag:  
Wilhelm Tell.  
Angebot:  
**Speisezimmer Herrenzimmer Damenzimmer Schlatzimmer Küchen.**  
ca. 150 Zimmer in einladender bis ganz reicher Ausattung.  
Möbelfabrik  
**Albert Mariah Nardt**  
Inh. Richard Ziemer  
Halle a. S., Alter Markt 2.

**Apollo-Theater**  
Heute und täglich 8 Uhr:  
**Die Czardasfürstin**  
Operette von E. Stauden mit **Emmy Sturm** in der Hauptrolle.  
Vorverkauf 9—11, 5—1/2.  
**Bad Wittekind.**  
Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Wohltätigkeits-Konzert**  
zum Behen der aus Gletsberg-Kapellen vertrieben Deutschen, ausgeführt von der Kapelle des **HöfL. Regts.** Nr. 36.  
Leitung: Kapellmeister **Otto Haupt.**  
Eintrittspreise: für Erwachsene 1.— Mk., Kinder 0.50.

**Hippodrom**  
„Wintergarten“  
Direktion: **Georg Arndt.**  
Heute abend von 7 Uhr ab  
**Grosser Kavalierball**  
**Reitsport**  
ab nachmittags 4 Uhr im Spiegelsaal, bei schönem Wetter im Garten.  
Für Kinder bedeutend ermässigte Preise.  
Vorzügliches Pferdmaterial.  
Gute Speisen und Getränke.

**UT**  
Feraruf 1224  
**Leipzigerstrasse 88**  
Voranzeige! Ab Freitag, den 20. Juni 1919  
**Joe Dees**  
in seinem letzten gefährvollen Detektiv-Abenteuer  
**„Die närrische Fabrik“**  
**Gunnar Tolnaes**  
in dem vieraktigen reizenden Lustspiel  
**„Er der Herrlichste“**  
Nur noch morgen: **Henny Porten** in dem Drama **„Die Schuld“**

**Diätet. Kuren** Dr. Möller's Sanatorium  
Breslau-Loschwitz  
Grösste Erfolge in chron. Krankh. Billige Zweiganst. — Preis. frel.  
**Richtlinien für den Besuch der Ostseebäder Mecklenburgs**  
I. Ortsfremde Personen ist für den Monat Juni d. J. — zu Kur- und Erholungswecken — der Aufenthalt auf die Dauer von 4 Wochen gestattet, wenn der Aufenthalt nach amtärztlichem Zeugnisse durch eine gesundheitliche Notwendigkeit begründet ist, in dem amtärztlichen Zeugnis sind die Dauer des notwendigen Aufenthalts und die Zahl der etwa notwendigen Begleitpersonen festzusetzen.  
Dieses Zeugnis ist dem Gemeindevorstande des Besuchsortes einzureichen und von diesem zur Kontrolle aufzubewahren. Amtärztliche Zeugnisse haben keine Gültigkeit und müssen zurückgewiesen werden.  
Bedürfen erholungs-suchende Kurgäste eines längeren Aufenthalts als 4 Wochen, so kann derselbe auf Zeugnis eines hiesigen beamteten Arztes bis zu weiteren 4 Wochen verlängert werden.  
II. Stadtkinder, die nach Meckl.-Schwerin reisend sind, sowie Personen, die von reichlichen Versicherungen, von Behörden oder auf Kosten der Krankenkassen zur Kur oder Erholungswecken untergebracht sind, bedürfen keiner Zeugnisse.  
III. Vom 1. Juli d. Js. ab darf in den oben bezeichneten Orten o h n e Beibringung eines amtärztlichen Zeugnisses zu Kur-, Erholungs- und Vergnügungszwecken ein Aufenthalt bis zu 4 Wochen genommen werden.

**Thalia-Säle**  
Heute Mittwoch und morgen Donnerstag ab abends 6 Uhr  
**Grosser BALL**  
Geleisstr. 32 Tel. 691 8  
**Waldkater (Dölauer Haide).**  
Morgen Donnerstag zum Fronleichnamfest  
**Grosses Konzert.**  
A 192 5  
Grenzdübel label die Geleisstr. frei. Franz Schurigs Wwe.

**Solentträger** von 1.75 Mk. an.  
Sehr große Auswahl — II. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84  
**Unterricht**  
**Tanz-Akademie Artmann.**  
Gelehrtschule:  
Wachstumsfortschritt 31. Jt.  
Für einen neuen Streng vornehm.  
**Tanz-Bezirkel**  
wird noch gef. Kesselwagen.  
Für neuen extra  
**Sonder-Zirkel**  
(ca. 10 Jahre)  
erhöht noch gef. Anordnungen u. Damen u. Herren bei. Standes.  
Geleitet werden alle Tänze, auch Fox-Trott, Polka etc.  
Anmeld. für neue Bezirkele mehreren Jahren sehr erregend.  
23. Hermann, repr. Sondersieher, von Wäpnenkünstlern emp. abgeben.  
**Englischen Privatunterricht**  
In und ausser dem Hause erteilt ein aus der Gefangenschaft zurückgekehrter Deutsch-Amerikaner, Offizier unter A. U. 733 in d. Fil. d. Z. Gr. Ulrichstr. 32. 13964

**UT**  
**Alte Promenade 11a.**  
Nur noch heute und morgen  
**Wenn Herzen scheiden, die sich einst geliebt.**  
Spannendes Drama in 5 Akten.  
Vorführungszeiten: 4.30, 6.40, 9.00.

**Bad Sachsa** am Sudharz  
Bewährte Waldgäse. Prosp. durch die Bäderverwaltung.  
Von ärztlichen Autoritäten vorzüglich empfohlen.  
**Nachkurort.**  
**Gollma bei Landsberg.**  
Vorhitzverein Gollma, e. G. m. b. H.  
Die Mitglieder werden zu der am 6. Juni d. Js. nach 3 Uhr im **Schwanen** in **Schwan** stattfindenden **Generalversammlung** eingeladen.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag der hahlführigen Redanna. 2. Wahl der Statutenkommission, Vorstandes und Aufsichtsratsmitglieder. 3. Ausrichtung von Wäpnen. 4. Bericht über d. Verwalt. des S. Sach. prokuristen **Piebing** aus Halle über „Moderne Finanzwirtschaft“. Dieser Vortrag wird sehr interessant zu werden, besonders für Besitzer von Aktienantheilen, dazu sind Wäpnen mitbringen.  
A 23 Dr. **Wäpnenarzt** W. **Geleit**, **Wäpnenarzt**.

**Aufträge**  
für Pflanzarbeiten und Ackerbestellen  
nimmt entgegen  
**Motorenabteilung Tief- und Straßenbau-Gesellschaft m. b. H.**  
Altenburg S.-M., Fabrikstrasse 26. Feraruf 1821.

**Deutschnationale Volkspartei Halle und Saalkreis.**  
**Deutsche Frauen Deutsche Treue**  
**Oeffentliche Kundgebung**  
am Freitag, den 20. Juni, abends 8 Uhr, in den Thaliasälen, Geleisstrasse.  
Redner **Generalsekretär Taube**, Berlin:  
Für ein Heimatrecht des Kaisers in Deutschland, für den Schutz unserer Helden und Heerführer!  
Vorläufe von Gesängen und gemeinsame Lieder.  
**Nationalgestante Einwohner von Halle bezeugt Eure deutsche Treue!**  
Kommt alle!  
A 23

**Siedlungsbauten**  
— Schuppen — Scheunen — Speicher  
i. bewährt. Holzkonstr. Liefer. **Holzbaun-System Neumann**, Leopoldshall-Strassfurt.  
**Dalli-Glühstoff**  
zum Platten und Bügein  
**Sobel**  
Steinweg 45  
Gr. Ulrichstr. 9  
Reilstr. 1  
**Ammendorf**  
Bahnhofstr. 3

**Pianola-Pianos Pianola-Flügel**  
mit dem vorbildlichen und ersten Klavierspielparad der Welt  
**Ducanola-Pianos Ducanola-Flügel**  
mit erhablenstem deutschen Apparat u. andere deutsche Systeme modernster Art habe in Auswahl von etwa 20 Instrumenten ständig auf Lager. Die Apparate sind eingebaut in Fabrikate von Weirall wie  
**Büchner, Steinway & Sons, Ibach, Ierner, Steck, Förster, Irmel, Feurlich, Geyer, Hüpfner, Raps, Kunsse, Grotzian, Steinweg** sofort lieferbar.  
**Elektrische Kunstspielapparate** in höchster Vollendung: **Duca u. Mignon.**  
— Auswahl in sämtlichen Holz- und Stahlart.  
Grösstes Lager von handgespielten **Hänsler-Nockenrollen**. Günstige Holzrollen-Abnennments. Auf Wunsch Broschüre.  
**B. Döll, Klavierhandlung.**  
Grosse Ulrichstrasse 33/34.